

klartext

Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

90 Jahre Wahlrecht für Frauen

Tagung am 8. März in Merseburg

Gott und die Welt

2. Kulturpolitische Konferenz
der LINKEN

Kommunalwahlen 2008

Frank Theile, OB-Kandidat
in Magdeburg



In Kürze

Neujahrsempfänge der LINKEN |2

„Für'n Appel und'n Ei“ – NEE! |3

Titel

Bürgerrechte für Frauen
90 Jahre Frauenwahlrecht |4

Portrait

Ute Haupt aus Halle an der Saale |7

Wahlen 2008

Frank Theile kandidiert als
Oberbürgermeister in Magdeburg |10

Themen

Religion – Macht – Freiheit |8

Petra Hort über's Bürgermeister
werden und Bürgermeister sein |11

Ostermarsch 2008 |12

Oben und unten attraktiv |13

Kolumne

Mit denen kann man nicht? |14

Satire und Termine

Abgeordneter v. Aktenrath |15

Rezension

Simone de Beauvoir
„Das andere Geschlecht“ |16

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

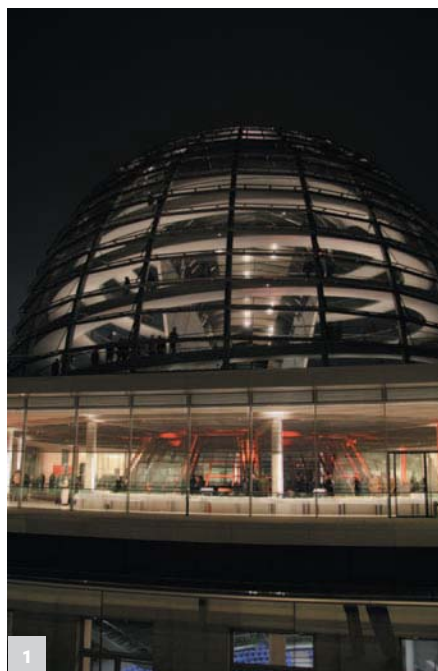
■ vieles halten wir heute für selbstverständlich, unter anderem das Frauen und Männer gleichberechtigt in dieser Gesellschaft leben, arbeiten und sich politisch betätigen. In der Realität verzerrt sich dieser Anspruch jedoch, Frauen arbeiten nicht nur im Schnitt für geringeren Lohn oder öfter in prekären Jobs als Männer, auch die Anzahl aktiver Frauen im politischen Leben fällt hinter die der männlichen Kollegen zurück. Dies hat auch mit Lebensentwürfen und Lebensbildern zu tun, die zum einen ganz konkret von den sozialen und ökonomischen Bedingungen bestimmt werden und die zum anderen

ihre historischen Wurzeln haben. Frauen wurden überhaupt erst im Zuge der revolutionären Umwälzungen am Ende des 1. Weltkrieges wahlberechtigt und konnten selbst als Parlamentarierinnen kandidieren.

In diesem KLARTEXT würdigen wir die Einführung des Frauenwahlrechtes in Deutschland vor 90 Jahren und laden Sie ein zur festlichen Tagung am 8. März in Merseburg. (S. 4-6)

Und halten Sie es heute für selbstverständlich, dass die LINKE nach religiöser Identität forscht? (S.8-9) Oder dass die LINKE in Westdeutschland in die Parlamente gewählt wird (S. 14) bzw. Erwartungen quer durch die gesellschaftlichen Schichten – „oben UND unten“ – weckt? (S. 13)

Viel Spaß beim Selbstverständlichen und beim Überraschenden
Ihre **Anke Lohmann**



1



2

Impressum

klartext

Magazin der LINKEN in Sachsen-Anhalt

Herausgeber:

Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Monika Krüger, Thomas Drzisga, Matthias Gärtner, Oliver Müller, Martin Reso, Joachim Spaeth, Matthias Höhn (V.i.S.d.P.)

Druck: Harzdruckerei, Wernigerode

Auflage: 5.000 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.02.2008.

KLARTEXT erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Kontakt und Bestellung: DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion KLARTEXT, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg, Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de



3



4

Impressionen vom Start in's neue Jahr:
Neujahrsempfänge im Januar 2008 der Bundestags-
(1, 2) und der Landtagsfraktion (3, 4) der Partei DIE
LINKE in Berlin und Magdeburg

„Für'n Appel und'n Ei“ – Nee!

Über 70 Prozent der Bundesbürger sprechen sich für einen gesetzlichen Mindestlohn aus. Mindestlöhne für die Beschäftigten am Bau und der Post sind bereits Realität. Für die Zeitarbeiter soll er demnächst eingeführt werden. Warum dauert es dann so lange, bis der Bundestag ein entsprechendes Gesetz für einen gesetzlichen Mindestlohn beschließt? Die Bundesregierung tut alles dafür, dass es in Deutschland keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Dagegen müssen wir weiterhin konsequent streiten. Die Bundestagswahl 2009 wird darüber entscheiden, ob wir danach einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland haben werden oder nicht. Es ist höchste Zeit! Bis dahin dürfen wir in unserem Kampf nicht nachlassen, im Gegenteil wir müssen noch aktiver werden. Deshalb gilt es, weitere Verbündete in den Regionen zu finden und gemeinsam Druck auf unsere Landes- und die Bundesregierung zu machen, damit der gesetzliche Mindestlohn nicht nur Wahlkampfgetöse wird.

Deswegen haben wir im Landesbündnis Mindestlohn Sachsen-Anhalt diese Postkarte entwickelt. Bis Ende April wollen wir diese, von Sachsen-Anhaltern unterschrieben, an den Ministerpräsidenten öffentlichkeitswirksam übergeben. Damit auch diese Aktion ein großer Erfolg wird, brauchen wir jede und jeden bei der Einholung der Unterschriften.

Begleitend dazu haben wir uns darauf verständigt, in den Regionen Arbeitskonferenzen durchzuführen. Diese haben zwei Funktionen. Erstens wollen wir damit erneut bei den Bürgerinnen und Bürgern öffentlich werden und zweitens Bündnispartnern und Interessierten die Möglichkeit geben, vor Ort gemeinsam zu überlegen, wie das Ziel, einen gesetzlichen Mindestlohn für Beschäftigte in Deutschland einzuführen, erreicht werden kann. Beteiligt Euch bei allen Aktionen, nur so werden wir für Millionen Menschen bessere Einkommensbedingungen und ein besseres Leben erreichen.



Edeltraud Rogée

ist Sprecherin des „Bündnis Mindestlohn Sachsen-Anhalt“.



NEE!

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident
Prof. Böhmer!**

... treffe Sie nie persönlich. Ärgerlich! Darum schreibe ich Ihnen: **Unterstützen Sie die schnelle Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen!** Würde ich toll finden. Sie können da besser was tun als ich. Ich kann dafür andere Sachen gut. Aber die mache ich nicht für'n Appel und'n Ei. Arbeit soll sich ja auch ein bisschen lohnen. Und das Geld werde ich garantiert wieder ausgeben. Das verspreche ich Ihnen.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

aus

P.S.: Mein Kneiper und meine schicke Büchhändlerin sagen auch, es sollten mehr Leute etwas mehr Geld in den Taschen haben. Dann wäre alles besser.

**Zukunft haben:
Das Mindeste ist Mindestlohn!**

bündnis mindestlohn
Sachsen-Anhalt

An die Landesregierung

weitergeleitet durch:
Bündnis Mindestlohn Sachsen-Anhalt
Otto-von-Guericke-Straße 6
39104 Magdeburg

City Cards gratispostkarten · agentur frische ideen · 0391 - 733 72 41

„Schreib mal wieder an den Ministerpräsidenten!“

So wirbt das Bündnis Mindestlohn und lässt diese Karten in gut 300 Cafés und Kneipen in Halle, Magdeburg, Dessau und Lutherstadt Wittenberg, aber auch über Gewerkschaften, Parteien und Verbände verteilen.

Die Karte erhalten Sie bei der Partei DIE LINKE in allen **Regionalgeschäftsstellen**

(Stendal, Magdeburg, Halberstadt, Dessau und Merseburg) und in den **Büros** der Abgeordneten.

Infos:
DIE LINKE
Günter Schwab
Tel. 0391 732 49 61

Bürgerrechte für Frauen

Interview mit Elke Stolze zur Einführung des Frauenwahlrechtes vor 90 Jahren

Wir begehen in diesem Jahr das 90. Jubiläum des Frauenwahlrechts in Deutschland, das im Zuge der Novemberrevolution 1918 eingeführt wurde. Welche Kämpfe standen vor diesem Durchbruch?

Mit dem Selbstverständnis Teil der Gesellschaft zu sein und sich aktiv an ihrer Gestaltung beteiligen zu wollen, haben Frauen sich auch in Deutschland in die Bewegungen des Vormärz und die Revolution 1848/49 eingebracht. Louise Otto (1819-1895) gab seit April 1849 die „Frauen-Zeitung“ mit dem programmatischen Motto „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen!“ heraus. Damit verlieh sie dem weiblichen Anspruch auf Selbständigkeit und Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft Ausdruck. Auch nach der Revolution 1848/49 blieben Frauen von allen Bürgerrechten aus-

”

... Warum soll ich erst beweisen, dass ich ein Recht dazu habe? Ich bin ein Mensch, ich fühle, ich bin Bürgerin des Staates, ich gehöre nicht zur Kaste der Verbrecher, ich lebe nicht von Almosen, das sind Beweise, die ich für meinen Anspruch beizubringen habe. Der Mann bedarf, um das Stimmrecht zu üben, eines bestimmten Wohnsitzes, eines bestimmten Alters, eines Besitzes, warum braucht die Frau noch mehr? Warum ist die Frau gleichgestellt Idioten und Verbrechern? Nein, nicht Verbrechern. Der Verbrecher wird nur zeitweise seiner politischen Rechte beraubt, nur die Frau und der Idiot gehören in dieselbe politische Kategorie ...

“

Hedwig Dohm,
Natur und Recht, Berlin 1894, S. 350

geschlossen; ja es wurden gesetzliche Regelungen getroffen, die ihre Möglichkeiten sich zu organisieren einengten und sogar verhinderten. Erst in den 1860er Jahren begannen sich Frauen als Bewegung zu formieren und so ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, auch der nach dem Frauenstimmrecht.

Die SPD hatte 1891 das Frauenstimmrecht ausdrücklich in ihr Programm aufgenommen und vier Jahr später eine entsprechende Forderung in den Reichstag eingebracht. Der von Minna Cauer 1888 in Berlin begründete „Verein Frauenwohl“ setzte sich maßgeblich für die Durchsetzung des Frauenstimmrechtes ein. Noch bis 1908 verbot das Vereinsrecht in den meisten Gebieten im Deutschen Reich eine politische Organisation. Erst die Novemberrevolution 1918 brachte Frauen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, wie sie auch das noch bestehende Dreiklassenwahlrecht für Männer abschaffte.

Welche Vorbehalte gab es gegen die politische Mündigkeit von Frauen? Inwieweit korrespondierten Geschlechtergrenzen mit Klassengrenzen in dieser Frage?

Grundsätzlich – das machen die Protokolle des Interfraktionellen Ausschusses deutlich – konnte zumindest im Herbst 1918 zwischen den politischen Lagern im Reichstag wie im Preußischen Landtag über die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform, die auf die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechtes zielte, Einigung erzielt werden. Lediglich die Vertreter der SPD verbanden diese von allen als notwendig gesehene Reform mit der Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen. Der Nationalliberale Gustav Stresemann lehnte mit den Worten „für unsere Frauen trifft das nicht zu“ Frauenwahlrecht schlicht ab. Der mit der Erarbeitung der neuen Wahlordnung beauftragte Jurist Hugo Preuß kommentierte die Forderung

von Minna Cauer nach einer gesetzlich verankerten Frauenquote Tage später mit der Bemerkung, dass sie wohl sonst schlechte Listenplätze für Frauen befürchte.

Bereits im Dezember 1918 fanden in Anhalt Wahlen auf der Grundlage des neuen Wahlrechtes statt. Doch erst ein Jahr später konnte der Landtagspräsident die erste weibliche Abgeordnete im Landtag begrüßen. Die Sozialdemokratin Marie Kettmann zog als Nachrückerin in das Parlament ein. Ein Ereignis, das der Landtagspräsident zu würdigen wusste:

„Ich stelle zunächst einmal fest, dass damit zum ersten Male auch eine Frau in dieses Haus eingetreten ist, und ich spreche die Hoffnung und Erwartung aus, dass das auch für das weibliche Geschlecht Bedeutung haben wird. Wenn auch die Stimme einer Frau nicht von großer Wichtigkeit sein kann bei einer so großen Zahl von Männern, so ist doch schon die alleinige Anwesenheit einer Frau eine stetige Mahnung daran, dass es außer dem männlichen Geschlecht auch noch ein weibliches gibt, das mit seinen Interessen Berücksichtigung verdient.“

(Stolze: Die weiblichen „Herren Abgeordneten“, S. 83)

Wirkliche Gründe, Bürgerrechte für Frauen zu beschränken oder sie ihnen zu verwehren, gibt es nicht. Aber ausreichend Versuche Frauen zu diffamieren – aus Angst, künftig Macht abgeben und teilen zu müssen?

Es wurden ähnliche Argumente bemüht wie für die Begründung warum Frauen vom Studium ausgeschlossen bleiben sollten. Sie erinnern sich, erst 1908 öffneten sich in Preußen, im größten Land des Deutschen Reiches, für Frauen die Universitäten und Hochschulen, war ein reguläres Abitur für Frauen möglich. Ein Sieg der Frauenbewegung.

Die Landtagsfraktion der LINKEN begeht den Internationalen Frauentag in diesem Jahr mit einer feierlichen Veranstaltung zum Frauenwahlrecht in Merseburg? Warum ist Merseburg ein Frauenort?

Von 1876 bis 1933 war das Ständehaus in Merseburg Tagungsort für den Provinziallandtag Sachsen. Mit der Beibehaltung der föderalen Gliederung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg und deren verfassungsmäßiger Verankerung blieben das Land Preußen und seine Provinzialeinteilung – und damit auch die Preussische Provinz Sachsen – bestehen. Erst nach Verabschiedung der Verfassung des



Freistaates Preußen im November 1920 erhielt das neue Wahlrecht auch für die Wahlen zu den Provinziallandtagen Gültigkeit. So dass es auch erstmalig bei den Provinziallandtagswahlen im Frühjahr 1921 zum Tragen kam. Im Ergebnis dieser Wahlen 1921 zogen mit Hedwig Machlitt aus Eisleben und Minna Reichert aus Berlin, beide VKPD, erstmals Frauen in das Parlament ein. Während der Zeit der Weimarer Republik nahmen in dem größten Kommunalparlament insgesamt 14 Frauen ein Mandat wahr; sechs von ihnen für die KPD, fünf für die SPD, zwei für die DNVP und eine für die DVP. Betrachten wir ihre Zahl in den jeweiligen Wahlperioden, so lag die Zahl weiblicher Abgeordneter hier weit über jenen für die Region wahrgenommenen Mandaten im Reichs- und Preußischen Landtag wie auch dem Landtag Anhalt.

Frauen erobern seit 1918 parlamentarischen Raum, bringen sich hier ein, machen Interessen deutlich und schreiben Geschichte – Frauengeschichte ebenso wie Landesgeschichte. Auch ein Perspektivenwechsel?! Parlamente sind inzwischen Frauenorte – auch das Ständehaus Merseburg.

Aus welchem Umfeld kamen die ersten Mandatsträgerinnen des Provinziallandtages Sachsen? Was waren ihre Motive zur Kandidatur?

Die Frage ist nicht ganz leicht zu beantworten, weil gegenwärtig nicht für alle Mandatsträgerinnen ausreichend biographisches Wissen verfügbar ist. Das gilt insbesondere für die Mandatsträgerinnen

der beiden bürgerlichen Parteien. Für die Magdeburgerin Hannah Ackermann (Jg. 1881, DVP) ist bekannt, dass sie mit der Reichstagsabgeordneten Katharina von Oheim befreundet war und sich im Rahmen der DVP frauenpolitisch engagierte. Als sie 1930 in den Provinziallandtag nachrückte, war im „Volksblatt“ Halle zu lesen, dass mit ihr „die Partei der Schwerindustrie das erste Mal eine Frau in das Provinzialparlament entsende“. Von Dr. med. Malita von Runstedt kennen wir den Namen. Für Helene Knabe (Jg. 1881) aus Freyburg/ Unstrut ist kommunalpolitisches Engagement bekannt. Für keine dieser Frauen lassen sich Motive herleiten. Das ist bei den elf Frauen mit Mandat einer Arbeiterpartei anders. Sie waren meist langjährig in der ArbeiterInnenbewegung, einige auch in der Jugendbewegung, engagiert und für sie war parlamentarische Arbeit nur folgerichtig eine Möglichkeit, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu beeinflussen und zu verändern.

Wie muss man sich die politische Arbeit dieser Zeit vorstellen, gab es Unterschiede zu den Politikfeldern von Männern?

Obwohl die Parlamentarierinnen aus unserer Region – egal in welchem der Parlamente – in der politischen Arbeit erfahrene und anerkannte Frauen waren, wurden sie von ihren männlichen Kollegen selten akzeptiert. Anhaltende Unruhe, Unaufmerksamkeit, störende Zwischenrufe und geringschätzige Bemerkungen männlicher Kollegen lassen dies deutlich werden. Ja, es gab Unterschiede in den Politikfeldern.

Frauen wurden auf „frauengemäße“ soziale Themen, Bildungsfragen und zeittypische Fraueninteressen festgelegt. Nicht alle Mandatsträgerinnen fanden sich damit ab. Das Vordringen in den bisher männlich dominierten Machtbereich der Politik wurde als Konkurrenz und Einmischung empfunden. Andererseits wirkten tradierte konservative Auffassungen zum Geschlechterverhältnis, die reine Anpassung der Frauen einforderten, ihnen ihren Platz im Alltag wie in der Politik zuweisen und eine umfassende Partizipation an der politischen Macht verhinderten.

Welchen Verlauf nahmen die Möglichkeiten politischer Partizipation von Frauen im 20. Jahrhundert?

Es blieb den Frauen nicht viel Zeit, sich in Parlamente einzubringen. Schon 1933 verloren sie das passive Wahlrecht. Mehr noch, die Parlamente hörten auf zu existieren. Unter Berufung auf das Gesetz über die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31.3.1933 wurden zunächst die Mandate der KPD für ungültig erklärt, später auch der SPD; die Parlamente beschlossen Geschäftsordnungen, mit deren Hilfe sie sich überflüssig werden ließen.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg fanden, an die junge demokratische Tradition der Weimarer Republik anknüpfend, 1946 erneut Wahlen statt.

Betrachtet man Parlamente und Kommunalvertretungen heute, sind Frauen immer noch in der Minderzahl. Was könnte, aus Ihrer Sicht, Frauen heute veranlassen, sich mehr für Politik und Berufspolitik zu interessieren?

Ohne wirklich eine Antwort zu haben, möchte ich Frau Ypsilanti „bemühen“, die kürzlich feststellte, dass die Regeln der Politik männlich sind und zu den davon abgeleiteten Ritualen keine Kinder passen. (ND 4.2.2008)

Das Interview führte Anke Lohmann.



Dr. Elke Stolz hat zum Thema veröffentlicht:

Die weiblichen „Herren Abgeordneten“. Politikerinnen der Region Sachsen-Anhalt 1918–1945, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2007, 168 Seiten, 12 Euro.

Tagungsprogramm zum Internationalen Frauentag

Info und Anmeldung: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de



DamenWahl und MännerMacht !?!

Internationaler Frauentag, 8. März 2008,
im Schlossgartensalon in Merseburg



Programm

9.00 Uhr Anmeldung

9.30 Uhr Musikalischer Auftakt
„Frauen sind die Hälfte dieser Welt“
MissKLANG (Halle)

Begrüßung im Namen der Veranstalter:
Carmen Niebergall, Vorsitzende des
FrauenOrtes Sachsen-Anhalt e.V. | Grußwort
Jens Bühligen, amtierender Bürgermeister
Merseburg | Grußwort Ute Fischer, Vor-
sitzende des Landesfrauenrates Sachsen-
Anhalt e.V.

10.00 Uhr Ausstellungseröffnung „Von heute an für alle!
Hundert Jahre Frauenwahlrecht“ in Finnland,
Einführung Frau Dr. Marjaliisa Hentilä
(Finnland-Institut, Berlin)

Musik

10.45 Uhr **DamenWahl und MännerMacht !?!**
Eröffnung der Tagung durch Schirmfrau
Dr. Helga Paschke, Vizepräsidentin des
Landtages Sachsen-Anhalt

Tagungsmoderation:
Christiane Kloweit (Weimar)

10.55 Uhr Dr. Gisela Notz (Berlin): „Her mit dem
Frauenwahlrecht!“ – Ein historischer Rückblick

11.45 Uhr Dr. Elke Stolze (Halle): **Die ersten FrauenStimmen
aus der Region Sachsen-Anhalt in Parlamenten
der Weimarer Republik**

Von 12.45 – 13.45 Uhr Mittagspause

13.45 Uhr Christiane Kloweit (Weimar):
**Frauen endlich am Ziel! – Wir sind Bundeskanzlerin!
Und am Ziel des Genderismus?!**

14.20 Uhr Dr. Ursula Schröter (Berlin), Christian Schenk
(Berlin): **10 Jahre Gender und nun?**

**ab
15.00 Uhr** **FrauentagsCafé und Theaterspektakel**
(Gäste sind herzlich willkommen!)

16.00 Uhr Übergabe des neuen FrauenOrtes
Ständehaus Merseburg mit Grußworten des
Landrates Frank Bannert, Saalekreis |
Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.
Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt |
Carmen Niebergall, Vorsitzende FrauenOrte
Sachsen-Anhalt e.V. am Ständehaus

Musikalischer Ausklang

Gesichter der LINKEN

Ute Haupt aus Halle an der Saale

„Ich bin mit Leib und Seele Kommunalpolitikerin, gern vor Ort tätig, basisverbunden.“ Wer Ute Haupt auch nur etwas kennt, glaubt ihr das unbesehen, weiß, dass sie diesen Satz regelrecht lebt. Angefangen hat es 1990. In der FDJ hat sie gearbeitet, war in der SED, hat damals alles hautnah miterlebt. Bange Fragen um die Zukunft, im politischen wie im persönlichen Leben standen auch auf ihrer Tagesordnung. Selbst Freunde haben ihr damals abgeraten, sich weiter in der Politik zu engagieren. Persönliche Anfeindungen blieben nicht aus. Sie hat sich entschieden: Am 6. Januar 1990 wurde sie in den neuen Stadtvorstand der damaligen SED/PDS gewählt. Der neue Arbeitsplatz in ihrem Beruf als Kindergärtnerin war eigentlich so gut wie sicher. Kurze Zeit später ist sie Geschäftsführerin ihrer Partei in Halle, hauptamtlich. Noch etwas später ist sie Stadtverordnete – bis heute. Als Geschäftsführerin der Fraktion, das ist sie bereits seit 1995, braucht sie über Langeweile nicht zu klagen. Früh geht es in die Geschäftsstelle, nach kurzer Abstimmung im kleinen Team geht es an die Post, eingehende E-Mails werden gelesen, kurze Presseauswertung. Zwischendurch immer wieder Leute mit sehr konkreten Fragen, Problemen, Anliegen, dazu das Telefon, das mal wieder gar nicht still stehen will. Manchmal, so sagt sie, bleibt sie nach der offiziellen Arbeitszeit (was immer das bei ihr sein mag) noch da, um das eine oder andere ihres Pensums in Ruhe zu bewältigen. Die Fraktionssitzungen wollen vorbereitet, die Ausschüsse begleitet sein – die Geschäftsführerin muss viel koordinieren. Und schließlich hat sie ja auch noch ihr ganz eigenes Feld als Vorsitzende des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses der Stadt Halle. Der Jugendhilfeausschuss fordert sein Recht, die Sportjugend, der Aufsichtsrat der ARGE ebenso, und dazwischen ist noch eine Menge mehr. Geht aber alles, sagt sie, weil es ihr etwas gibt: Kontakte, Anregungen, Vorschläge – sie spürt, dass die Arbeit nicht umsonst ist. Ute Haupt ist mitnichten eine introvertierte Einzelkämpferin, sie ist das genaue Gegenteil. Wer mit ihr durch die Stadt geht, wird nicht allzu viel mit ihr reden können, das



erledigen andere, auch auf offener Straße. Soziale Kontakte sind halt nichts Akademisches, das Leben ist hier ganz konkret.

Zeit ist kostbar und knapp. Gerade deshalb nimmt sich Ute Haupt diese Zeit, für Freunde, die Eltern in Magdeburg, für den Sohn und dessen Freundin, auch einmal für die Sauna oder ein Glas Rotwein nach der Fraktions- oder Stadtratssitzung. Galerien, Kino, Theater, Kunstmärkte, Bücher – all das sind ernsthafte Verlockungen, denen zu erliegen so selten gelingt. Und es schwingt schon Bedauern mit, wenn sie das sagt.

Aber dann ist da schon der nächste Tag, es geht weiter. Nicht im selben Trott, sondern immer wieder ganz neu, wie sie selbst sagt. Das reizt, fordert heraus, ist vielleicht die Ursache dafür, dass sie sich Kandidaturen für den Landtag oder so bislang standhaft verweigert hat. Der Bischof von Pfarrer Braun würde wohl sagen, sie könne das Kommunalisieren so wenig lassen wie weiland sein Pfarrer das Kriminalisieren. Und es steht auch noch so vieles auf der persönlichen Agenda. Wahlen sind das eine, aber wo und wann entscheiden sie sich? Hier und heute sagt sie, jeden Tag eigentlich, und an ganz konkreten Dingen. Bekämpfung von Kinderarmut gehört auch in Halle zu den schlimmen Problemen, deren Überwindung hat sie sich verschrieben. Im Stadt-

rat mit einem Antrag der Fraktion, vor allem aber auch draußen, auf der Suche nach Verbündeten, ohne die es nicht geht. Öffentlich geförderte Beschäftigung soll endlich auch in Halle eine Hausnummer bekommen, mit Arbeit, die Sinn hat, die Erfüllung schafft, die aber eben auch genug Geld einbringt um davon leben zu können. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit – das sind beliebte Begriffe in der politischen Debatte, für Ute Haupt haben sie ein Gesicht, sollen greifbar, lebbar sein.

Und es sind eben auch nicht immer die ganz großen Fragen. Der Bau eines Spielplatzes in Halles Süden – da will sie dran bleiben, Ideen sind ebenso gefragt wie Patenschaften. Denn sie weiß wohl – für die Kinder, die hier einmal ihren Platz finden können, ist das eben doch eine der ganz großen Fragen ...

Von L. J. Peter und R. Hull (The Peter Principle, 1969) stammt das Peter-Prinzip: „In einer Hierarchie neigt jeder Beschäftigte dazu, bis zu seiner Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen.“ Ute Haupt scheint dazu nicht zu neigen, und das ist wahrlich nicht für alle Politikerinnen wie Politiker typisch. Sie hat ihren Platz gewählt, und sie will ihn ausfüllen. Glückwunsch, nicht nur zum Internationalen Frauentag!

(PS: Ute Haupt wurde im Februar des Jahres 1958 geboren.)

| Thomas Driszga

Religion – Macht – Freiheit

Als vor einem Vierteljahr die erste Vorankündigung des 2. Kulturpolitischen Forums der LINKEN „Kultur neu denken“ auftauchte, machte schon die Liste der eingeladenen Diskutanten neugierig auf das große Thema „Religion, Macht, Freiheit und die Schwierigkeiten, Identität zu bestimmen“.

■ MdB Lukrezia Jochimsen und die Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, Dr. Birgit Klaubert, haben die Gretchenfrage „Wie hast du’s mit der Religion?“ in den Raum gestellt, um am 8. und 9. Februar Kirchenleute und Repräsentanten der jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften ebenso wie Publizisten, Künstler und Politiker in verschiedenen Foren miteinander diskutieren zu lassen über Glauben, Moral, Freiheit und Macht. So individuell auch die Frage nach dem Glauben, nach Gott, nach dem persönlichen Wertesystem, nach der Entscheidungsfreiheit und die Einbindung in eine Gemeinschaft, insbesondere eine religiöse, beantwortet wurde, so deutlich war die Übereinstimmung im Bezug auf geliebten Humanismus, als es um das Wirken in der Gesellschaft ging. Für sein Handeln verantwortlich ist jeder Mensch selbst. Vor wem er sich dafür aber noch in der Verantwortung sieht, war die Scheidengrenze zwischen den religiös Gebundenen und den Atheisten.

Wenn dann der Imam Mehdi Razvi den Atheismus auch als eine Religion ansah, schlug er damit die Brücke für das friedliche Miteinander aller Menschen und Konfessionen. Erhellend war die Antwort des Rabbiners Professor Walter Homolka, der erklärte, dass für das Judentum die Frage nach Gott zweitrangig sei. Gefragt wird danach, ob jemand nach den in der Thora geschriebenen Prinzipien lebt. Die Pröbstin Elfriede Begrich nahm die Frage „Brauchen wir Religion?“ auseinander und beantwortete sie für sich unter sieben Gesichtspunkten – natürlich – mit „Ja“. Es war ein intellektueller Spaß, ihr dabei zu folgen. Schade war, dass der Philosophie-Professor an der Katholisch-

Theologischen Fakultät der Universität Erfurt, Eberhard Tiefensee, über den Freiheitsaspekt des Themas in seinen Darlegungen, dass die LINKE in der Pflicht stehe, die Christenverfolgung in der DDR aufzuarbeiten, vergessen hatte, die Frage nach Religion und Glauben zu beantworten. Sein geradezu schroffer Vortrag, bei dem man über den Terminus „Christenverfolgung“ streiten kann und muss, war dennoch eine notwendige Aufweitung des Themas, wenn er darauf beharrte, sich seiner persönlichen Vergangenheit bewusst zu sein und mit offenen Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens so umzugehen, dass gegenwärtiges Handeln glaubwürdig erscheint. Wer sich in eine Partei oder andere Gemeinschaft einreicht, trägt die Hypothek der Vergangenheit mit. Tiefensee sieht sich als Be-

troffenen, wenn es um Schuld der katholischen Kirche für Inquisition, Hexenverbrennungen oder Kreuzzüge geht. Er sieht aufzuarbeitende Schuld bei den LINKEN für Hohn und Drangsal gegenüber Gläubigen in der DDR. Auf differenziertere Weise hat dies auch Katrin Göring-Eckardt in einer separaten Gesprächsrunde der Politiker aufgegriffen, als sie an André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Thüringer Landtag und früherer Mitarbeiter für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Erfurt, gewandt sagte, dass ihr Haus, in dem zu DDR-Zeiten politische Fragen zwischen Pfarrer und Staatsmachtvertreter besprochen wurden, auch nach der Wende offen stand, aber niemand von damals kam. Das erhellt, warum es Misstrauen und Vorbehalte gegen uns gibt, weil wir über dem Tagesgeschäft einige offene Hypothesen nicht oder nicht hinreichend erkennbar abgearbeitet haben. Der Verweis auf die Entschuldigung von Michael Schumann auf dem Gründungsparteitag der SED-PDS an die Kirchen für erlittene Unbill durch die SED reicht offensichtlich nicht.

Das eigentliche Problem in allen Diskussionsrunden betraf das Verhältnis der Protagonisten von Kirche wie Politik zur Macht und zum Umgang mit Macht. Insbesondere Michel Friedman, ehemals stellvertretender Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Anwalt und Moderator, beharrte auf dem Standpunkt, dass jemand mit Deutungshoheit wie der Papst, in seiner dogmatischen Positionierung zu Homosexualität oder der Verdammung von Kondomen angesichts der ka-





tastrophalen Ausbreitung von Aids die Grenze der Achtung der Menschenwürde überschritten und seine Macht missbraucht habe. Die Unerbittlichkeit in Friedmans Votum führte fast zum Eklat mit dem Autoren Manfred Lütz aus Köln, der als Arzt und Absolvent einer katholischen Hochschule dazu eine andere Auffassung vertrat. Für ihn steht das verantwortliche Handeln des Einzelnen über einer Enzyklika, und er wies die Papstkritik energisch zurück. Es fehlte die Zeit, das auszuargumentieren.

Spannend waren in der Künstlerrunde die Antworten von Michael Triegel, der als Heide mehrere Altarbilder im Auftrag der evangelischen und der katholischen Kirche gemalt hat. Die Glaubensfrage stand dabei für ihn im Hintergrund – einschränkend meinte er noch: Ihn interessierte die Darstellung der menschlichen Konflikte in den biblischen Geschichten in ihrer Generalität und Zeitlosigkeit, die ihn zum Malen zwangen. Seine Auseinandersetzung mit den biblischen Themen, mit denen er die Betrachter in Bann ziehen will, sind Antworten auf das Thema Macht, Freiheit, Religion.

All das baute sich auf Statements des gläubigen Christen und Bundestagsabge-

ordneten Bodo Ramelow auf, der energisch für religiöse Toleranz und die Achtung des anderen stritt. Am Beispiel der aktuellen Bundestagsdebatte zum Tierschutz demonstrierte er die religiöse Dimension des Themas und forderte, in allen politischen Entscheidungen zu prüfen, in welcher Weise die Mitbürger anderen Glaubens und anderer kultureller Traditionen betroffen sind.

Widerpart von Bodo Ramelow war Dr. theol. Paul Schulz, vor über 30 Jahren aus Amt und Würden entlassener Hamburger Pfarrer, der die These aufstellte, dass nur ein Atheist frei sei in seinem humanistischen Handeln. Der Zündstoff in seinem Vortrag funkelte in allen folgenden Diskussionen auf.

Es ist ungerecht, die CDU-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Christine Lieberknecht, den Regisseur Carlos Mautel, die Frauenrechtlerin Serap Çileli, die sich vom Islam losgesagt hat, und die anderen eingeladenen Diskutanten oder die sich aus dem Auditorium zu Wort gemeldet hatten mit ihren bemerkenswerten Urteilen und Erklärungen ihrer Handlungsmotivationen hier nicht zu erwähnen. Um aber ein Bild von diesem Dialog-Auftakt zu vermitteln, muss noch ein Wort

zu den Veranstaltungsorten gesagt werden. Getagt wurde im evangelischen Augustinerkloster, in der Neuen Synagoge und in der katholischen Brunnenkirche. Bei allen Differenzen, die im Raum standen, waren die Veranstaltungsorte ein für sich sprechendes Zeichen im Dialog über Religion, Freiheit und Macht. Das beeindruckend stille, meditative Konzert des Ensembles „eccolo“ aus Altenburg eröffnete eine weitere Dimension des Themas. Die Choralzeilen „Herzliebster Jesu, was hast du verbrochen“ und „Wir glauben all an einen Gott“, die der Komponist Günter Witschurke den beiden Werken unterlegte, waren ein persönliches Bekenntnis der Musiker, das im Bezug auf das Christentum dennoch eine übergreifende Klammer für „Kultur neu denken – Macht, Freiheit, Religion“ bedeutete.

| Martin Reso

Dienstleister für die Bürger

Frank Theile kandidiert als Oberbürgermeister in Magdeburg

■ Nur noch wenige Tage sind es, bis am 9. März 2008 in Magdeburg die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sind, ihren Oberbürgermeister zu wählen, der fortan für sieben Jahre die Geschicke der Landeshauptstadt lenken soll. Diese befindet sich schon seit geraumer Zeit in eher schwierigem Fahrwasser, denn eine anhaltend hohe Arbeitslosenquote, fehlender wirtschaftlicher Aufschwung in Größenordnungen, Kinderarmut, demographischer Wandel und eine mehr als angespannte Haushaltslage haben wie fast überall im CDU-SPD regierten Sachsen-Anhalt Spuren hinterlassen und werden wohl leider auch in nächster Zukunft die das kommunale Handeln bestimmenden Koordinaten sein, denen sich ein neuer Oberbürgermeister stellen müssen. Keine einfache Aufgabe also, und dennoch gibt es Menschen, die sie gern schultern möchten.

Einer von ihnen ist **Frank Theile**, Kandidat der LINKEN, Jahrgang 1958, ehemaliger Pilot der NVA, Diplomphilosoph. Er lebt seit 1968 in Magdeburg und ist heute Mitarbeiter einer großen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

Oliver Müller hat mit ihm über seine persönlichen Motive und Ziele gesprochen.

Frank, im Cockpit hoch über den Wolken ist der Pilot immer der erste Mann, der schnell und verantwortungsvoll wichtige Entscheidungen treffen muss – ein klarer Vorteil auch im alltäglichen Arbeitsleben am Boden?

Nun, wenn ich mir etwas in den Kopf gesetzt habe, setze ich das durch. Da bin ich schon ein harter Hund. Der Oberbürgermeister als Chef einer großen Verwaltung bestimmt schließlich maßgeblich den Ton. Dennoch, als ausgebildeter Pilot bin ich darin geschult, stets einen optimalen Überblick zu haben, was aber keineswegs heißen soll, dass ich als Kommunalpolitiker etwa die Dinge von oben herab sehen möchte.

Sondern? Eher als ein Einzelkämpfer, der allein den Ton angibt?

Oh nein, so auf keinen Fall! Die Einwohner und der Stadtrat als deren legitimier-



tes Vertretungsgremium sind bei allen Entscheidungen unbedingt als Partner zu begreifen. Um sie, die Menschen vor Ort, geht es nämlich. Also müssen sie auch mitgestalten, in Entscheidungsfindungen eingebunden sein und zwar von Anfang an. Nicht nur bürgernah, sondern bürgerintegrierend verstehe ich dieses Amt des Oberbürgermeisters, der gemeinsam mit der Verwaltung vor allem ein Dienstleister für die Bürger sein sollte.

Wie also würdest Du Deinen Leitungsstil beschreiben?

Nicht Konfrontation, sondern partnerschaftliches Miteinander ist gefragt, auch im Umgang mit der Landesverwaltung und vor allem den Umlandgemeinden. Mit erzwungenen Eingemeindungen werden die Finanzprobleme der Stadt auch nicht gelöst. Ebenso ist der Verkauf kommunalen Eigentums, der zumeist einer Verscherbelung des Tafelsilbers gleichkommt, selbstredend ausgeschlossen.

Wie willst Du dann die Lösung der Finanz- und Wirtschaftsprobleme angehen?

Kommunale Unternehmen sollten vor allem erst einmal wettbewerbsfähig und gewinnorientiert aufgestellt werden, indem sie auch neue Geschäftsfelder erschließen. Ein partnerschaftliches Agieren in der regionalen Planungsgemeinschaft, die Ausweisung und Vermarktung gemeinsamer Gewerbegebiete sowie eine Neuorientierung der Standortbestimmung Magdeburgs im Wirtschaftsgefüge Mittel- und Norddeutschlands sind wichtige Schritte zu mehr Wirtschaftswachstum.

Deine Vision für Magdeburg?

Magdeburg wünsche ich mir als eine welt-offene, tolerante, familienfreundliche und kulturvolle Wissenschaftsstadt am Fluss im Grünen mit einem gut funktionierenden Gesundheits- und Sozialwesen, in der die Menschen Arbeit haben, von der sie auch leben können und in der nach 20 Uhr nicht die Bürgersteige hochgeklappt werden und das Licht ausgeschaltet wird.

Vielleicht noch ein paar Worte zu Dir persönlich, Deinen Hobbys usw.?

Alles, was mit Luft- und Raumfahrt zu tun hat, interessiert mich sehr. Denn das Erlebnis meines ersten Alleinfluges 1976 am Magdeburger Flugplatz hat mich sehr geprägt. Außerdem fahre ich gern zusammen mit meiner Lebenspartnerin Ski im Harz und in Österreich oder gern zum Baden an die Ostsee.

Und Dein schönster Platz in „Machteborch“?

Nun, am besten gefällt es mir an der Elbe und im Rotehornpark, eine wirkliche Oase inmitten der Stadt.

Vielen Dank und viel Erfolg am 9. März, dem Wahltag in Magdeburg!

Wahlkalender Sachsen-Anhalt

Weitere Termine zu den Wahlen 2008 und die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN in Sachsen-Anhalt finden Sie unter: www.dielinke-lsa.de/wahlen

... die Sache kann unheimlich Spaß machen!

Petra Hort aus Wanzleben über das Bürgermeisterin werden und Bürgermeisterin sein

■ Am 11. Juni 2006 in die Stichwahl zu kommen, hatten mir viele vorausgesagt. Immerhin war ich 16 Jahre Fraktionsvorsitzende der PDS-, später der Linksfraktion. Da haben wir an der Entwicklung von Wanzleben doch einen erheblichen Anteil, den die Leute hier auch kennen. Zwei Wochen später dann die Stichwahl zu gewinnen, haarscharf mit zunächst zwei Stimmen Vorsprung, das war die Überraschung, auch für andere... Die frühere Bürgermeisterin veranlasste die nochmalige Auszählung. Es wurde übrigens wirklich falsch gezählt, ich bekam weitere zwei Stimmen dazu. Und Ratschläge, künftig überparteilich und unabhängig zu arbeiten. Ob Bewerbern von anderen Parteien auch so gratuliert wird?

Egal, ich hab die Wahl als Herausforderung angenommen, der Spaß und die Freude sind mir absolut noch nicht vergangen.

Und allen, die jetzt zu Wahl antreten, versichere ich, die Sache kann unheimlich Spaß machen!

Vor der Wahl habe ich gesagt: „Ich bin eine politisch interessierte Frau und möchte das Recht auf Mitsprache und Mitgestaltung für mich ebenso wahrnehmen, wie ich es anderen einräumen will.“

Und ich habe auch deutlich gesagt, was ich will: dass die kommunale und finanzielle Handlungsfähigkeit Wanzlebens wieder besser hergestellt wird, dass die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf ihr Lebensumfeld gegeben sind, dass ein vielfältiges, kulturelles und sportliches Leben in Wanzleben und seinen Ortsteilen gesichert und finanziert bleibt.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Auslastung des Gewerbegebietes durch neue Ansiedlungen, Verwaltungsmodernisierung und Gebietsreform – all diese



gängigen Schlagwörter stecken da mit drin. Auch im Wahlkampf bin ich mit vielen Leuten ins Gespräch gekommen. Manche haben mir versichert, alles klar, du wirst die nächste Bürgermeisterin. Andere erklärten mir unumwunden, ich sei ja völlig in Ordnung, aber einfach in der falschen Partei. Im Jahr 2006 – und das wäre dann auch schon das zweite Mal in meinem Leben. Manche Vorurteile sind halt zäh. Aber egal wie – was Verbesserungs-, kritikwürdig oder auch schon schön in Wanzleben ist, sagten sie mir alle. Und ich habe alles sorgfältig gesammelt, auch wenn es noch so kleine Dinge waren. Das zahlt sich bis heute aus, die Leute fühlen sich ernst genommen.

Der Anfang waren drei Seiten mit Ratschlägen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger, dazu eine neue Form – der Treffpunkt Bürgermeisterin, wo in regelmäßigen Abständen Interessengruppen ihre Anregungen oder Forderungen anspre-

chen und gemeinsam eine Lösung gefunden wird. Vier Treffpunkte gab es bisher, mit den Händlern unserer Stadt, mit den Vertretern der Vereine, mit Jugendlichen und mit Unternehmern und Personen, die als Sponsoren die „Chronik von Wanzleben“ (erscheint Juni 2008) finanziell unterstützten. Bisher sind immer viele gekommen, das macht Mut, bringt immer wieder neue Ideen und Vorschläge für die Arbeit zutage.

Und es ist wirklich Neues daraus entstanden: Die Sommerveranstaltung „Kino im Park“, der „Weihnachtsmarkt auf dem Markt“ mit Wunschbriefkasten „Deine Wünsche für die Stadt“.

Zusammen mit den Vereinen und Händlern, dem Stadtrat und der Verwaltung ist es in kurzer Zeit gelungen, etwas Anspruchsvolles auf die Beine zu stellen. Die Wanzlebener Bürgerinnen und Bürger nehmen es an, sie danken es mit Teilnahme und Mitarbeit.

Natürlich ist das nur ein Teil meiner Arbeit, ich bin Bürgermeisterin einer Stadt, die auch Trägergemeinde einer Verwaltungsgemeinschaft ist. Ich bin also auch Verwaltungsleiterin für eine Verwaltung mit sechs Ämtern und 62 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das hieß erst einmal zu lernen, ein Vierteljahr am Studieninstitut Magdeburg. Heute kann ich sagen, das Verwaltungswesen, Genossen, es entwickelt sich!

Heilfroh bin ich übrigens noch heute, dass ich im Wahlkampf nicht auf die Verwaltung eingedroschen habe. Ich hatte allerdings auch keinen Grund, denn in Wanzleben ist eine gut ausgebildete und arbeitende Verwaltung zu finden. Wir gehen miteinander offen, ehrlich und respektvoll um, viele in der Verwaltung tun mehr als sie eigentlich müssen. Das war auch nicht immer so.

Schließlich – Wanzleben ist IBA-Stadt, Stadt-Region mit erneuerbaren Energien, Modellstadt im Städtenetzwerk zur energetischen Stadterneuerung, aber das sollte man sich alles selbst ansehen – die Einladung gilt!

Ihre Petra Hort

www.wanzleben.de



Ostermarsch 2008

■ Wussten Sie, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bereits länger dauert, als der II. Weltkrieg? Es ist so. Wussten Sie, dass deutsche Konzerne Kriegsgerät auch in Krisenregionen verkaufen? Es ist so. Wussten Sie, dass in

der Bundesrepublik noch immer US-Atom-Raketen auf ihren Einsatz warten? Auch das ist so.

Krieg gilt wieder als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und die Rüstung bleibt ein todsicheres Geschäft. Daran haben auch die SPD und die Grünen in ihren sieben Jahren gemeinsamen Regierens nichts geändert. Sie haben vielmehr eine Hoffnung betäubt, die uralte Sehnsucht nach Frieden, Frieden, Frieden.

Sie ist älter als der Schwur von Buchenwald. Damals, nach dem Massenmorden des Hitlerregimes, schworen die Überlebenden: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Doch schon in der biblischen Bergpredigt war der Friede eine zentrale Botschaft. Das Osterfest ist ein guter Anlass, daran zu erinnern. Nicht nur in den Kirchen. Anfang Februar fand in München die traditionelle Sicherheitskonferenz statt. Minister und Militärs aus zahlreichen Ländern debattierten gut bewehrt im luxuriösen Ambiente. Der Krieg in Afghanistan war eines der zentralen Themen. Insbesondere der Repräsentant der USA-Regierung hatte verbal hochgerüstet. Es sei nicht länger hinnehmbar, klagte er, dass die einen Nato-Staaten mehr Tote zu beklagen hätten, als andere.

So weit ist die Welt gekommen. Man muss sich nicht mehr rechtfertigen, wenn man Kriege führt. Man kommt an den Pranger, wenn man dabei nicht forsch genug ist.

Der deutsche Verteidigungsminister, Franz Josef Jung, ging prompt in Deckung. Dabei ist Deutschland mit Tausenden Soldaten am Hindukusch. Deutsche Tornados weisen anderen Kampfverbänden die Vernichtungsziele. Und deutsche Spezialkräfte bewachen US-Folterlager.

DIE LINKE hat im Bundestag von Anfang an dagegen gestimmt. Wir sind überzeugt: Den Kampf gegen den Terrorismus kann man gewinnen, einen Krieg dagegen nicht. Sein Verlauf gibt uns leider Recht. Die meisten Opfer in Afghanistan gibt es in der Zivilbevölkerung. Frauen und Männer, Greise und Kinder, das Leben ganzer Familien wurden ausgelöscht.

So viel Leid, so viel Zorn – das ist kein Segen westlicher Kultur, das ist der Boden, auf dem neuer Terror gedeiht. Trotzdem erwägt die Bundesregierung noch mehr Soldaten in den Krieg zu schicken, das Mandat der Bundeswehr zu verlängern und ihr Einsatzgebiet auszuweiten – aus Treue zur Nato, aus Solidarität zu den USA, wie Ex-Kanzler Schröder meinte.

Die Münchener Sicherheitskonferenz war übrigens eine Privat-Veranstaltung. Sie war zwar hochkarätig besucht, aber sie war weder ein Staatsakt, noch eine Beratung der UNO. Das wiederum führt zu einer ganz anderen Frage: Mit welchem Recht wurde sie von Hunderten Bundeswehr-Soldaten abgesichert, von der Logistik bis zum Hausrecht?

Die Bundeswehr darf im Inneren der Bundesrepublik grundsätzlich nicht agieren. Es sei denn zur Hilfe bei großen Naturkatastrophen oder bei einem besonders schweren Unglück. So steht es im Grundgesetz. Auf eine privat organisierte Konferenz in einem Nobel-Hotel trifft beides sicher nicht zu. Dennoch hat die Bundesregierung den Einsatz verfügt.

Wie vorigen Sommer beim G8-Gipfel in Heiligendamm. Dort wurden sogar Tornado-Jäger eingesetzt. Politisch gibt es dafür nur eine Erklärung. Wir alle sollen daran gewöhnt werden, dass die Bundeswehr immer häufiger im Inneren eingreifen wird. Auch dagegen bin ich, im Bundestag, im Alltag und demnächst beim Ostermarsch in Haldensleben.

Ostermarsch Sachsen-Anhalt

Der Ostermarsch ist am **24. März 2008 in Haldensleben.**

Auftakt:

11.00 Uhr Marktplatz Haldensleben
– Markt der Möglichkeiten

Demonstration:

11.55 Uhr „5 vor 12“ Demozug durch die Innenstadt

Abschlusskundgebung:

14.00 Uhr, Marktplatz Haldensleben, u.a. mit Rednerin Petra Pau

Kultur:

15.00–17.00 Uhr
Kulturprogramm, Essen, Infostände ...

Informationen:

www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de



Petra Pau,

Vizepräsidentin des 16. Deutschen Bundestages, kommt am 24. März zum Ostermarsch nach Haldensleben.

Oben und unten attraktiv

Als die Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 2006 ihre Studien zur „Gesellschaft im Reformprozess“ vorlegte, gab es für kurze Zeit eine heftige öffentliche Debatte. Diese drehte sich vor allem um den Begriff des Prekariats bzw. der so genannten Unterschicht – wohlgemerkt hauptsächlich über die Frage, ob diese Begriffe angemessen oder diskriminierend seien. Kaum jemand sprach über das gesellschaftliche Problem, das sich hinter diesen Begrifflichkeiten verbarg. Noch weniger wurde über die Mittelschicht in der Bundesrepublik diskutiert, so gut wie überhaupt nicht über das obere Drittel, es sei denn mit einer komplett negativen Färbung.

■ Schaut man sich die Ergebnisse dieser umfangreichen Analysen etwas genauer an, wird jedem unvoreingenommenen Betrachter sehr schnell klar: Hier steckt sehr viel mehr drin als die üblichen kurzgegriffenen Schlüsse.

Beginnen wir mit einem für DIE LINKE möglicherweise von vielen so nicht erwarteten Befund: 36 Prozent der Anhänger der LINKEN sind in den politischen Milieus zu finden, die das obere Drittel unserer Gesellschaft ausmachen, 31 Prozent entstammen der Mitte und 33 Prozent dem unteren Drittel.¹

Was fängt man aber nun damit an? Lehnt man sich zufrieden zurück und ist stolz auf die breite Verankerung? Oder pfeift man gar auf „die da oben“ und besteht auf der These, die Klientel der LINKEN seien die von sozialer Ausgrenzung Betroffenen oder Bedrohten? Beides wäre nicht zielführend, denn entweder wäre es eine folgenschwere Unterschätzung der Schwierigkeiten, die sich hinter diesen Zahlen verbergen, oder aber die politisch unkluge Selbstbescheidung.

Ist es das Ziel, diese breite Verankerung zu verstetigen oder auszubauen, wird von der LINKEN einiges abverlangt werden, vor allem in programmatischer Hinsicht. Es gibt über alle Anhänger der LINKEN hinweg eine entscheidende Klammer –

die soziale Gerechtigkeit. In allen Milieus, in denen DIE LINKE besonders stark vertreten ist, spielt dieser gesellschaftliche Wert eine herausragende Rolle. Allerdings gibt es auch einen spürbaren Riss durch die Milieus. Während für die Wähler aus dem oberen Drittel demokratische Teilhabe und Bürgerrechte ein ähnliches Gewicht aufweisen wie die Gerechtigkeit, neigen die Anhänger aus dem unteren Drittel deutlich stärker zu einem autoritären Gesellschaftsbild.

Für eine moderne und emanzipatorische Linke steht aber eine Prämisse – nicht zuletzt aufgrund unserer historischen Erfahrungen: Soziale Gerechtigkeit und Freiheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Es kann und darf kein Zurück in Fragen der Grund- und Freiheitsrechte geben. Sollte man sich dennoch dafür entscheiden, wäre vielleicht der ein oder andere Wähler mehr aus den autoritär geprägten Milieus zu gewinnen, es wäre aber gleichzeitig die Preisgabe des demokratisch sozialistischen Profils und mindestens eines Drittels der Anhängerschaft gleichermaßen.

Dieses Spannungsfeld ist nicht zu unterschätzen. Aber so verlockend der kurzfristige Erfolg auch sein mag, langfristig wäre der Preis nicht tragbar. DIE LINKE wird in der kommenden Programmdebatte ge-

nauso wie im alltäglichen Politikbetrieb beweisen müssen und können, dass sie sich dieser Herausforderung stellt.

Aber auch die bewusste Ignoranz des oberen Drittels kann kein Ziel linker Politik, die um gesellschaftliche und politisch handlungsfähige Mehrheiten ringt, der es darum geht, reale Veränderungen herbeizuführen und in Entscheidungsprozesse erfolgreich zu intervenieren, sein. Ein Verzicht auf ein gutes Drittel der eigenen Wählerschaft wäre nicht nur aus diesen Gründen absurd, es wäre auch eine Beschneidung der eigenen Kompetenzen und Möglichkeiten. Jede politische Partei wird maßgeblich durch ihre Mitglieder geprägt und getragen – durch ihre Erfahrungswelten, ihre gesellschaftlichen und sozialen Vernetzungen oder auch ihre Qualifikationen. DIE LINKE darf darauf nicht verzichten. Gerade in den Milieus der Oberschicht ist die Bereitschaft zur politischen Partizipation besonders stark, egal ob in Vereinen, Bürgerinitiativen oder Parteien – ein Schatz, den die LINKE noch lange nicht gehoben hat. Will sie ihn heben, setzt dies hohe Maßstäbe an die inhaltlichen Angebote ebenso wie an den Politikstil und die Debattenkultur.

Dies alles ist Herausforderung und Chance zugleich. Als die Partei, die mittlerweile – vor allem auch in Sachsen-Anhalt – die einzig relevante Kraft in dem stetig wachsenden Heer der sozial Ausgegrenzten darstellt, ist es unsere Herausforderung, diese Menschen einzubinden in politische Prozesse, ihnen eine hörbare Stimme zu geben und sie für die Demokratie nicht verloren zu geben. Es besteht für DIE LINKE aber auch die Chance, mit einem klaren Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Grund- und Freiheitsrechte eine breite gesellschaftliche Verankerung dauerhaft zu erreichen.

¹ | Vgl.: Neugebauer, Gero. Politische Milieus in Deutschland, Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.



Matthias Höhn ist Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt.

Mit denen kann man nicht?



Ort künftiger Verhandlungen – der Hessische Landtag

Der Weg deutscher Linker weg von Gerhard Schröder führte zu sehr ähnlichen Positionen, aber sehr unterschiedlichen Gestaden – einerseits zu neuen Mehrheiten etwa in der SPD Hessens oder Niedersachsens, andererseits in die WASG und zur neuen LINKEN. Beide Versuche, sich von Schröder politisch zu befreien, erzielten Ende Januar bei der Landtagswahl in Hessen zusammen genommen einen Stimmenanteil, wie sie ihn die SPD allein seit Anfang der 80er Jahre nicht mehr erreichen konnte. Doch was wird daraus? Nichts, heißt es. Frau Ypsilanti verspielt ihren Erfolg und ihre Glaubwürdigkeit. Mit dem Programm der LINKEN antreten, es aber auf keinen Fall mit der LINKEN umsetzen wollen – wie lange kann man so etwas ernst nehmen?

Sicher: Der rechnerische rot-rote Wahlerfolg ist derzeit nicht mehr als ein Zahlenspiel. Die Wählerinnen und Wähler beider Parteien haben sehr bewusst SPD oder LINKE gewählt – nicht die eine, um die andere zu bekommen. Zu groß sind die wechselseitigen Affekte. Die LINKE ist klug beraten, auch darauf zu schauen, warum sie zwar von vielen gewählt, von noch mehr Menschen aber beargwöhnt wird. Zunächst ist sie eine neue Partei, die man so noch nicht kennt. Seit Mitte der 50er Jahre gibt es im Westen keinerlei Erfahrung mit einer parlamentarischen Kraft links von der SPD – ausgelöst und ver-

stärkt durch die antikommunistische Grundstimmung im Kalten Krieg. Die wiederum hatte ihre Wurzeln nicht allein in finsterner Propaganda, sondern auch in den Defiziten und Fehlentwicklungen des staatssozialistischen Modells in der DDR. Eingeschränkte bis verweigerter Bürgerrechte, wirtschaftliche Ineffizienz, ideologische Scharfmacherei und die Großspürigkeit eigener historischer Entwürfe – solche historischen Erfahrungen schaffen auch heute noch Distanz zu einer Partei, die über die PDS Wurzeln auch in der SED hat. Wir konfrontieren die Menschen in Deutschland mit vielen biografischen Brüchen – jenen, die sich wie bei der designierten brandenburgischen Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser aus der Emanzipation vom SED-Staatssozialismus speisen, aber auch mit jenen, die wie bei Oskar Lafontaine aus dem Zerwürfnis mit Schröder folgten.

Wie kann man, wie muss man damit umgehen? Es gibt nur einen Weg: Offenheit, Transparenz, Berechenbarkeit! Wahrhaftigkeit und Realismus. Den Menschen die Möglichkeit geben, uns kennen zu lernen – wie wir arbeiten, wie wir unsere Ziele erkennen und formulieren, wie wir für sie kämpfen, wie wir sie umsetzen. Auch: Wie wir unsere Geschichte, unsere eigenen Biografien reflektieren, was wir daraus gelernt haben und wie das unsere tägliche politische Arbeit prägt: „Was ich politisch

erreichen will – soziale Gerechtigkeit, demokratische Teilhabe, ein Leben für alle in Freiheit und Würde –, das vereinbart sich gerade nicht mit staatlicher Gängelung, Überwachung und Bevormundung. Unter *keinen* Umständen.“ So Kerstin Kaiser auf dem kürzlichen brandenburgischen Landesparteitag der LINKEN. Was nicht geschehen darf, so groß die Verlockung auch ist: Den Leuten ein X für ein U vormachen, uneinlösbare, aber wohl klingende Versprechen abgeben. *Alternativen* sind *machbar* – der alte PDS-Slogan ist so aktuell wie eh und je! In beiden Komponenten.

Wo man uns über längere Zeit so erlebt, stellen sich die Dinge eben auch anders dar. Im Nachbarland Brandenburg, so eine aktuelle Umfrage, halten nur 27 Prozent die CDU für ehrlich, aber fast doppelt so viele Leute die LINKE und die SPD. Und 47 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wünschen sich die LINKE in der Regierung.

Doch Vorsicht – auch im Westen ist es nicht angeraten, auf den Mythos vom Protestwähler herein zu fallen. 70 Prozent der LINKS-Wähler in Hessen und Niedersachsen orientierten sich vor allem an Themen- und Sachfragen – genauso wie die der FDP (73 Prozent) und der Grünen (70 Prozent). Die übergroße Mehrheit war dabei der Auffassung, man müsse die LINKE wählen, weil sie die richtigen Themen in die Politik einführt.

Hier treffen wir nun auf das eigentliche Problem: Die sich wieder stärker links gebende SPD ringt *gegen* die LINKE um Meinungsführerschaft beim Mindestlohn wie bei anderen Themen sozialer Gerechtigkeit; die LINKE ihrerseits spricht der Nach-Schröder-SPD viel zu oft die Ernsthaftigkeit ihrer Kurskorrekturen ab. Ein solcher Wettstreit gegeneinander, wenn auch um die selben Themen – das sind noch keine gemeinsamen Projekte. Gesellschaftliche Mehrheiten werden aber dann von potenziellen zu realen politischen und auch parlamentarischen Mehrheiten, wenn sie sich eben um gemeinsame Projekte drehen. Der jahrzehntelange Affentanz um Rot-Rot ist auf beiden Seiten letzten Endes nicht mehr als die Angst vor dem Neuen, vor der eigenen Courage und vor der Einsicht, dass sich selbst verändern muss, wer die Welt verändern will.



Dr. Thomas Falkner
ist langjähriger Politikberater der LINKEN.

Odo von Aktenrath Abgeordneter

Lieber, sehr verehrter Freund,

heute soll nicht die Düsternis meiner letzten Berichte obwalten, ich will Ihnen vom Innenleben unseres Hohen Hauses berichten. Der Landtag gibt sich eine Geschäftsordnung, schließlich bedarf es gewisser Regeln des Umgangs miteinander, auch die Chancengleichheit zwischen Opposition und Mehrheit will fair geregelt sein, schließlich kommt ein jeder einmal in die eine oder die andere Rolle. So weit, so gut, das Thema klingt eher trocken, kann aber zuweilen humoristische, gar absurde Facetten entwickeln. So war ein vormaliger Landtagspräsident in einer Debatte mit der Situation konfrontiert, dass er dem Redner die Frage zu stellen hatte, ob dieser denn eine Zwischenfrage gestatte. Sehr gerne, meinte der so angesprochene, aber bitte nach Abschluss seines Beitrages. Dies, so befand der Herr Präsident, sei in Ordnung, allerdings handle es sich dann nicht mehr um eine Zwischen-, sondern eine Nachfrage. Sie sehen, verehrter Freund, das Geschäftsordnungsleben hat so seine Untiefen. Was aber wir derzeit erleben, grenzt schon ein wenig an eine Posse aus Absurdistan. Unsere Geschäftsordnung soll nämlich verändert werden mit dem Ziel, das Geschehen im Hohen Hause lebendiger zu gestalten. Nun vermag ich nicht einzuschätzen, ob für die geschätzte Öffentlichkeit der Unterhaltungswert einer Landtagssitzung das alles entscheidende Kriterium ist – mein Gefühl lässt hier eine eher warnende Stimme erklingen. Zumal ich meine, dass dieser Unterhaltungswert oft so gering nicht ist, auch wenn er nicht selten einer gewissen Situationskomik entspringt. Was also haben unsere Regisseure mit uns vor? Die freie Rede soll endlich und grundsätzlich (sic!) zu ihrem Recht kommen, Drei-Minuten-Debatten zu aktuellen Themen könnten als neue Kreation geschaffen werden, Befragungen der Minister erfolgen künftig nur noch unter Vorankündigung des Themas, nicht aber der konkreten Frageinhalte. Von einem „heißen Stuhl“ für die Minister ist da die Rede ... Nun mag ja in diesen Dingen ein Körnchen an Sinnhaftigkeit stecken, allein – mir fehlt der Glaube, dass es so gelingen kann, die Qualität einer Landtagssitzung in gewünschter Weise zu verbessern. Die eigentlich bedeutsame Frage lautet doch: Was erwarte ich von einer Landtagssitzung, welche Ansprüche stelle

ich an sie? Bedarf ich eines Spektakels, das mein Zwerchfell trainiert, oder bedarf ich durchdachter Aussagen zum Thema, die meinen Verstand befriedigen? Nehmen wir die freie Rede. Danke Gott, wem sie gegeben ist, allein – ein durchdachter, zusammenhängender und flüssiger Vortrag nach Manuskript ist mir allemal lieber, als ein spritziger Debattebeitrag, nach welchem ich mich, so der Beifall denn verklungen ist, fragen muss, was der Dichter mir nun eigentlich sagen wollte. Gewiss, das eine mag das andere nicht ausschließen, aber dies gelingt nach meiner Erfahrung leider nur wenigen. Oder die Neu-Kreation Drei-Minuten-Debatte zu aktuellen Themen: Wir alle wissen, wie schwierig es gerade bei komplexer Thematik ist, in der regulären Fünf-Minuten-Debatte auch nur das Dringlichste halbwegs geschlossen zu vermitteln. Mir scheint es nicht vonnöten, die Quantität oberflächlichen Geschwafels nun auch noch per Geschäftsordnung zu erhöhen. Wie schon betont, nicht alles gilt für alle, aber angesichts so mancher Erfahrung habe ich zu derlei Neuerungen eine gewisse innere Distanz. Und schließlich die Ministerbefragung. Eingedenk des Umstandes, dass eine der vornehmsten Aufgaben des Landtages wohl noch immer in der Kontrolle der Landesregierung besteht, schleichen sich bei mir arge Zweifel ob der angesagten Methodik ein. Wenn ich eine Frage an die Landesregierung stelle, so erwarte ich eine fundierte, mit Fakten untermauerte Antwort. Dazu bedarf es eines heißen Stuhls wohl eben so wenig wie eines dann vielleicht gegarten Ministers, der womöglich noch mit den Worten „Und ist der Stuhl auch noch so heiß, ich sag nicht alles, was ich weiß!“ leise in sich hineinlächelt. Ich mag da ein altmodischer Kauz sein, aber Qualität ist mir allemal wichtiger als eine Showeinlage. Ich hoffe nur, dass der Landtag künftig nicht auch noch seinen Superstar sucht oder Haltungsnoten wie beim Eiskunstlauf vergibt. Der Sängerwettstreit auf der Wartburg winkte noch mit einem Preis, was aber könnte mir hier drohen?

Nun lieber Freund, ich will es dabei bewenden lassen und vertraue auf die Zeit und das Leben – beide werden die Dinge schon wieder ins Lot bringen.

In freundlicher Verbundenheit Ihr v. Aktenrath

Termine

Landesvorstand

7. März 2008, 18.00 Uhr, Magdeburg, Ebendorfer Straße 3, Beratung mit den Kreisvorsitzenden

15. März 2008, 18.30 Uhr, Halle, Blumenstraße 16, Landesvorstandssitzung

26. April 2008, Bernburg, **Politischer Bildungstag der LINKEN** mit Dietmar Bartsch, Harald Werner und Friedrich Schütz
Info: lgst@dielinke-lsa.de

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN-ANHALT

8. März 2008, Merseburg, Ständehaus, **„DamenWahl und MännerMacht“**, info: fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de oder info@rosaluxsa.de

13. März 2008, 18.00 Uhr, Halberstadt, Nordharzer Städtebundtheater, Spiegelstraße 20 A, Kulturforum:
„60 Jahre AMIGA – Ein besonderer Talkabend“

Der Elbe-Saale-Bildungsverein führt seine Arbeit als parteinahe Stiftung in Sachsen-Anhalt unter dem bundesweit eingeführten Namen der Rosa-Luxemburg-Stiftung fort. Zum neuen Namen kommt ein neuer Vorstand in Sachsen-Anhalt. Seit Dezember stehen der Vorsitzenden Angelika Klein sechs weitere Mitglieder zur Seite: Rosemarie Hein, Viola Schubert-Lehnhardt, Dirk Rumpf, Harald Jörß, Arndt Hopfmann und Hendrik Lange.

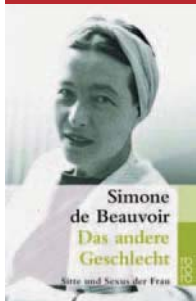
www.rosaluxsa.de

Bildnachweis

Edyta Pawlowska – FOTOLIA (1)
Mario Grünewald (2, 10)
Katharina Lücke (5, 6)
Thomas Driszga (7, 11)
Gerd Gampe (8, 9)
Joachim Spaeth (12)
Charles S. – FOTOLIA (14)

„Man wird nicht als Frau geboren, man wird es“

(Simone de Beauvoir)



BUCHTIPPS ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

DAS ANDERE GESCHLECHT

Der 100. Geburtstag von Simone de Beauvoir (1908–1986) in diesem Jahr soll Anlass sein, an einen „Klassiker“ der Frauenliteratur zu erinnern: „Das andere Geschlecht“, 1949 in Frankreich unter dem Titel „Le Deuxième Sexe“ erschienen. Unmittelbar nach seinem Erscheinen löste das Buch eine leidenschaftliche Diskussion aus. Im FIGARO hieß es in einer Kritik dazu: „Wir haben auf dem Gebiet der Literatur die Grenze der Verkommenheit erreicht.“ Andere Literaten verteidigten die Autorin vehement: „Eine Frau ruft die Frauen zur Freiheit.“ Der Vatikan setzte das Buch auf den Index. Die feministischen Frauenbewegungen der Welt machten es zu ihrer theoretischen Grundlage. Inzwischen wurde das Buch in viele Sprachen übersetzt und in Millionenaufgaben verkauft. Es regte wissenschaftliche Untersuchungen und zahllose Dissertationen an.

Im ersten Teil des Buches befasst sich die Verfasserin mit der Geschichte der Unterdrückung von Frauen. Diese begann in prähistorischer Zeit, ihre Muskelkraft war zu schwach, um mit den von Männern neu erfundenen Werkzeugen umzugehen. Dies brachte den Mann dazu, die Frau als „minderwertig“ anzusehen und eine Jahrhunderte währende Herabsetzung der Frau und das Patriarchat waren die Folge. Die Rolle der Frau reduzierte sich auf die Mutterschaft und die Hausarbeit. Bis in die Gegenwart hinein hat dies Konsequenzen, elterliche Erziehung zwingt das weibliche Kind in die ihm vorgeschriebene Rolle, nämlich später Ehefrau und Mutter zu werden, passiv zu bleiben. Der zweite Teil greift wichtige Phasen im Leben einer Frau auf, wie die erste Menstruation, die Entjungferung, die Eheschließung oder das Klimakterium. Bei der Lektüre wird klar, welche einschneidende Momente diese Erlebnisse für eine Frau und ihre Sexualität sein können. Psychosen, Neurosen und Frigidität können aus negativen körperlichen Erfahrungen entstehen, Fallbeispiele bewegen zutiefst. Schließlich wird in der hier empfohlenen Ausgabe auch die Wirkungsgeschichte des Klassikers der Frauenliteratur dokumentiert.

In ihrer Lebensbilanz „Alles in allem“ schrieb de Beauvoir: „Das andere Geschlecht mag für militante Feministen von Nutzen sein, doch ist es nicht eigentlich ein militantes Buch.“ Und es ist auch knapp 60 Jahre nach seinem Erscheinen noch lesenswert, wie die zahlreichen Neuauflagen beweisen.

Simone de Beauvoir: **Das andere Geschlecht.**

Eine Neulektüre in drei Zeiten: 1949 – 1971 – 1999,

Rowohlt Taschenbuch, Reinbek bei Hamburg 2000, 941 Seiten, 12,95 Euro
(Erstveröffentlichung 1949)

FRAUEN VERÄNDERN DIE WELT

Phil Borges ist ein bekannter amerikanischer Fotograf, der Porträts von unbekannten starken Frauen zusammengestellt hat. Der Bildband stellt Frauen aus vielen Ländern vor, die in ihrer Gesellschaft etwas bewegen. „Ein zutiefst inspirierendes Buch. Phil Borges zeigt uns Heldinnen – unbekannte Frauen – am Anfang einer langsamen aber stetigen Entwicklung, die den Frauen und Mädchen weltweit soziale und finanzielle Gerechtigkeit bringen wird.“ (Isabel Allende) Die Geschichten machen Mut und zeigen: Die Zukunft ist weiblich.

Phil Borges: **Frauen verändern die Welt.**

Frederking & Thaler, München, 112 Seiten mit 76 Farbfotos, 19,90 Euro